



Presseschau vom 26.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: „Donbass mit Stacheldraht einzäunen“: Diese Frau greift nach der Macht in der Ukraine

Der neue Präsident soll Donbass und die Krim zurückbringen, hat die Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko auf dem Forum ihrer nationalistischen Vaterlandspartei „Batkiwtschchina“ erklärt. Da „leben echte ukrainische Patrioten, die auf die Befreiung ihres Landes vom Feind warten“. Früher wollte sie Donbass mit einer Atombombe bestrafen.

Die bisher populärste ukrainische Präsidentschaftskandidatin und Batkiwtschchina-Chefin Timoschenko hat kürzlich auf dem Parteiforum das Zurückgewinnen des Donbass und der Krim zu den Kernzielen ihrer erwünschten Präsidentschaft verkündet. Sie fügte hinzu, dies könnte mit Unterstützung des Westens gelingen. Es sei notwendig für die Ukraine, schnellstmöglich der Nato beizutreten und eine Armee nach deren Standards zu schaffen.

„Auf der Krim und im Donbass leben echte ukrainische Patrioten, die auf die Befreiung ihres Landes vom Feind warten“, glaubt zudem Timoschenko. Um die beiden Territorien zurückzugewinnen, bräuchte sie nur 100 Tage statt der fünf Jahre Präsidentschaftsfrist. Sollte sie das nicht schaffen, wäre Timoschenko bereit, nach 100 Tagen abzutreten.

Dabei wird gemunkelt, dass die frischgebackene Kandidatin noch 2014 den Donbass mit einer Atombombe bestrafen wollte. Es wurde im Netz die Aufnahme eines Telefongesprächs der damaligen Ministerpräsidentin Timoschenko mit dem Parlamentarier Nestor Shufrych

verbreitet, in der mutmaßlich Timoschenko dazu aufruft, „die verdammten Katsapen (ukrainisches verachtendes Schimpfwort für Russen, Anm. d. Red.)“ samt ihrem Anführer mit einer Atombombe zu vernichten. Timoschenko hat dies weder bestätigt noch dementiert. Es folgten allerdings keine Atombomben, stattdessen hat es mehrere Luftangriffe der damals halbwegs intakten ukrainischen Luftwaffe auf Städte des Donbass gegeben. Infolge des Luftangriffs auf Lugansk am 2. Juni 2014 waren acht Menschen gestorben und 28 schwer verletzt worden. Darauf folgten im Sommer 2014 noch Luftangriffe auf Gorlowka und Dserschinsk mit wenigstens einem Todesopfer und acht Schwerverletzten.

Noch vor mehreren Jahren, im Jahre 2004, hatte die Ministerpräsidentin Julia Timoschenko viele Einwohner der Regionen Donezk und Dnepropetrowsk mit dem Vorschlag empört, diese mit Stacheldraht einzuzäunen und zu isolieren. Vor wem und warum, hatte sie damals nicht offengelegt. Doch hatte ihre Regierung vier Jahre später den Schulen den Gebrauch der russischen Sprache nicht nur im Unterricht, sondern auch im privaten Umfeld verboten, falls diese keine Minderheitensprachen unterrichten. Während der Orangen Revolution (November 2004 bis Januar 2005) soll sie laut den Medien gesagt haben, die Stadt Sewastopol in die Knie zwingen oder Odessa im Schwarzen Meer ertränken zu lassen. Später hat sie das jedoch dementiert.

Es gab aber auch „Versöhnungsversuche“ mit Donbass-Einwohnern. Im März 2018 hatte die „Batkiwschtschina“ einen Gesetzentwurf vorbereitet, laut dem die Einwohner der Krim und des Donbass sich bei Kiew entschuldigen sollen. Als Alternative zur strafrechtlichen Verfolgung wurde vorgeschlagen, den „Schuldigen“ die „Bürgerrechte zu entziehen“ sowie die Teilnahme an Wahlen und eine Beschäftigung in Staatsstrukturen zu verwehren. Von dem umstrittenen Gesetz hat seitdem keiner mehr etwas gehört.

Wundersame Heilung in der US-Botschaft und Coelho-Affäre

Unter Präsident Viktor Janukowitsch wurde die Ex-Ministerpräsidentin 2011 zu sieben Jahren Gefängnis wegen Überschreitung ihrer amtlichen Befugnisse verurteilt. Laut dem Gerichtsurteil hatte das ukrainisch-russische Gasversorgungs- und Transitabkommen, das sie angeordnet hatte, den vom Gasversorger Naftogaz vertretenen Staat einen Verlust von über anderthalb Milliarden Griwna (umgerechnet ca. 49 Millionen Euro) gekostet. Im Gefängnis habe sie eine Wirbelhernie erlitten, die starke Schmerzen verursachte, so dass sie sich kaum bewegen können, bestätigten ihre Ärzte.

Kurz nach den Euromaidan-Geschehnissen im Februar 2014 hatte sie aber eine wundersame Heilung erlebt. Selbst vor den Maidan-Revolutionären erschien sie immer noch im Rollstuhl. Als sie aber Tage später in der US-Botschaft in Kiew eintraf, geschah ein Wunder — sie stand auf und ging, um sich mit dem US-Botschafter Jeffrey Payette sowie EU-Botschafter Jan Tombiński im Stehen fotografieren zu lassen.

Im Februar 2017 berichteten die US-Medien unter Verweis auf die US-Berater Timoschenkos, sie habe auf Präsident Trump am Eingang zum WC-Raum in Washington gewartet, um mit ihm die ukrainische Lage zu besprechen.

Laut dem umworbenen Bestsellerautor Paulo Coelho sei Timoschenko „ein Mensch, der an der Spitze eines Staates stehen kann“. Im Jahr 2010 soll er in einem Video Timoschenko eine charismatische und starke Frau genannt und sich mit ihr zweimal getroffen haben. Dass die „Batkiwschtschina“ seine Worte mal für eine Doku über ihre Chefin verwenden wird, konnte er angeblich nicht vorhersehen. Heute dementiert Coelho, der Präsidentschaftskandidatin jegliche Unterstützung erwiesen zu haben. „Selbst wenn ich sie als Person mag, geht mich die ukrainische Politik nichts an“, sagte er, nachdem mehrere gemeinsame Fotos mit Timoschenko im Netz aufgetaucht waren.

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine findet im März 2019 statt. Julia Timoschenko, die Vorsitzende der „Batkiwschtschina“, bleibt bisher laut den Meinungsforschungszentren mit 18 Prozent der Stimmen die beliebteste Kandidatin.

Dan-news.info: **Engagierte Menschen helfen zoologischem Garten**

Der Tierpark Lebedinoje Osero (Schwanensee) in Dokutschajewsk erhielt von Aktivisten aus der DVR und der russischen Föderation über drei Tonnen Futter für die Tiere. Das berichtete heute der Stab für die frontnahen Gebiete der gesellschaftlichen Organisation *Donezkaja Respublika*.

„Im Rahmen der Arbeit des Stabes hat die internationale Freiwilligengruppe *Moskwa – Donbass* mit Unterstützung der Volksmiliz und des karitativen Fonds *Most mira – pomoschtsch shertwam wojny* (Brücke des Friedens – Hilfe für die Opfer des Krieges) dem zoologischen Garten im frontnahen Dokutschajewsk mehr als drei Tonnen Futter übergeben“, hieß es im Stab. Die Gabe bestand aus Mais, Weizen, Gerste, Erbsen und Weizenkleie. Der Tierpark *Lebedinoje Osero* befindet sich 20 Kilometer südlich von Donezk. Zurzeit leben dort etwa 200 Tiere: Ponys, Kängurus, Stachelschweine, Affen, Krokodile, Schlangen, ein Waschbär, Strauße und andere. Die Fläche des Parks beträgt ungefähr zehn Hektar. Dort gibt es ein Amphitheater, einen botanischen Garten, ein Terrarium, Spielplätze und ein Bähnchen für Kinder.

Der Stab zur Kontrolle und Koordination der Geschehnisse in den am meisten unter der bewaffneten Aggression leidenden Gebiete der DVR wurde im Dezember 2017 eingerichtet.

de.sputniknews.com: **Gehackte Papiere verraten: Kiew soll sich für Dauerkrieg mit Moskau gerüstet haben**

Das ukrainische Militär soll sich laut Dokumenten, die Anonymous-Hacker im britischen staatlichen Projekt „Integrity Initiative“ entdeckt haben, auf einen hundertjährigen Krieg gegen Russland vorbereitet haben.

Die Anonymous-Gruppe hat am Freitag erneut eine Menge von Papieren veröffentlicht. Die Teilnehmer des Projekts haben sich jeglichen Kommentars dazu enthalten. Allerdings hatte diese Organisation zuvor von den Hackern erbeutete Dokumente als echt anerkannt.

Aus dem aktuellen Bericht des Projekts „Integrity Initiative“ geht hervor, dass fünf Reserve-Mitarbeiter des Militäraufklärungsdienstes der Ukraine im Alter von 45 bis 53 Jahren Großbritannien im Zeitraum vom 6. bis 13. Juli (Jahr nicht bekannt) besucht hätten.

Vier von ihnen sollen Englisch gekonnt haben und „ethnische Russen“ gewesen sein. Laut dem Bericht sind zwei der Männer Ex-Oberste des sowjetischen Geheimdienstes KGB und weitere zwei ehemalige Brigadekommandeure. Der Letztgenannte von ihnen habe „höchstwahrscheinlich“ im sowjetischen Abwehrdienst GRU gedient. Sie „gaben klar zu verstehen, dass die Ukraine sich auf einen Dauerkrieg, einen ukrainischen hundertjährigen Krieg vorbereitet, um mit den Worten eines von ihnen zu sprechen“, so die Publikation.

„*Integrity Initiative*“

Das Projekt „Integrity Initiative“ besteht seit mehreren Jahren und soll zum Ziel haben, einen Kampf gegen „russische Propaganda und Falschmeldungen“ zu führen. Wie Hacker aus der Anonymous-Gruppe im November mitteilten, könnte Großbritannien „Integrity Initiative“ für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten europäischer Länder und für einen Informationskrieg gegen Russland eingesetzt haben.

Auf einer der Anonymous-Webseiten wird mitgeteilt, dass das Projekt „Integrity Initiative“ im Jahr 2015 gegründet und von der britischen Regierung finanziert worden sei. Zu den Teilnehmern des Projekts sollen Financier William Browder, Wladimir Aschurkow, ein Gefolgsmann des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, und der 2004 wegen Spionage verurteilte Wissenschaftler Igor Sutjagin gehören.

Die Kosten für das Projekt in dem im März 2019 zu Ende gehenden Geschäftsjahr sollen schätzungsweise 1,96 Millionen Pfund Sterling (2,51 Millionen US-Dollar) betragen. Fördermittel dafür sollen vom US-Außenministerium, der Nato und dem sozialen Netzwerk Facebook bereitgestellt worden sein.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow dazu äußerte, bestehe die einzige Aufgabe

von „Integrity Initiative“ darin, „Russland vor den Augen der Öffentlichkeit im Ausland anzuschwärzen“.

Private – in confidence

The Institute for Statecraft

Visit of Ukrainian Reserve Officers

16th draft; 11 07 2016

Aims

1. To counter Russian disinformation about the conflict with Ukraine
2. To reinforce the lessons of the conflict as outlined in the Mar 2016 Army study (*Insights into Training Smarter against a Hybrid Adversary*) and to inform the military and MOD more widely on this issue
3. To inform the HCDC and other relevant Whitehall Departments
4. To make the issue available to academics and journalists and to engage them in developing awareness and understanding of the issue in Whitehall and beyond
5. To engage Ukrainian specialists and Baltic specialists in a permanent learning network for combatting hybrid warfare

<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32371/74/323717452.png>

de.sputniknews.com: **Venezuela: Maduro lehnt Rücktritt ab**

Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro, den die Opposition am Mittwoch für abgesetzt erklärt hat, lehnt eine Amtsniederlegung ab und fordert die US-Diplomaten auf, sein Land zu verlassen. Dabei ist er nach eigener Aussage bereit, mit Oppositionschef Juan Guaidó zu verhandeln.

Er sähe keinen Grund, aus dem Amt auszuschneiden, sagte Maduro, der erst am 10. Januar eine zweite Amtszeit angetreten hat, am Freitag auf einer Pressekonferenz in Caracas. Dabei bekräftigte der 56-Jährige seine Bereitschaft, mit der Opposition zu sprechen.

In seiner Rede bekräftigte Maduro, dass die US-Diplomaten nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen binnen 72 Stunden Venezuela verlassen sollen, schlug jedoch mildere Töne gegenüber den USA an.

„Ich habe zwar die Beziehungen, sowohl die politischen als auch die diplomatischen, zur Regierung Donald Trump abgebrochen. Aber unsere Beziehungen zu den USA bleiben bestehen und werden gedeihen wie noch nie. Denn die USA sind viel mehr als Donald Trump“, äußerte der venezolanische Staatschef. Sein Land sei weiter bereit, den Staaten Erdöl zu verkaufen....

de.sputniknews.com: **Millionenschulden: Russland stellt Europarat eine Bedingung**

Moskau ist bereit, seinen Beitrag in den Europarat vollständig einzuzahlen – unter der Bedingung seiner gleichberechtigten Teilnahme an der Tätigkeit aller Satzungsorgane des Europarates. Das sagte der Chef des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus), Konstantin Kossatschow, am Freitag gegenüber Sputnik.

Wie der Pressesprecher des Generalsekretärs des Europarates, Daniel Holtgen, zuvor gegenüber Sputnik bestätigte, beläuft sich die Verschuldung Russlands vor dem Europarat auf rund 60 Millionen Euro.

„Russland hat sich schon öffentlich bereit erklärt, die ganze Schuldensumme einzuzahlen, wenn das Problem einer gleichberechtigten Teilnahme Russlands an der Tätigkeit aller Satzungsorgane des Europarates, einschließlich der PACE, gelöst werden sollte. Und nur unter dieser Bedingung“, sagte der Parlamentarier. Er verwies darauf, dass die Haltung

Moskau vom russischen Außenministerium formuliert worden sei.

Wie das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Oleg Morosow, im Gespräch mit Sputnik sagte, „muss und kann für die Teilnahme gezahlt werden“. „Wir haben die Verpflichtungen übernommen, teilzunehmen und zu zahlen. Aber wir haben uns nicht dazu verpflichtet, für die bloße Mitgliedschaft ohne Teilnahme zu zahlen“, so Morosow. Der Föderationsrat hatte am 16. Januar eine Erklärung zu der Situation verabschiedet, die sich um die Teilnahme Russlands an der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates herausbildet hat. Laut dem Dokument kann Moskau wegen der politischen Sanktionen gegen die russische Delegation, die die Vollmachten Russlands im Rahmen der Arbeit der PACE einschränken, seine Tätigkeit in dieser Organisation nicht wiederaufnehmen. Den russischen Parlamentariern zufolge ist die PACE von ihren Grundsätzen abgekommen und hat gegen eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts – das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten – verstoßen. Die Tatsache, dass die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die ranghöchsten Beamten des Europarats in den letzten Jahren ohne russische Beteiligung gewählt worden waren, „beeinträchtigt das Ansehen des Europarats selbst“, heißt es in der Erklärung.

Russland hatte im Jahr 2014 auf die Mitwirkung in der PACE verzichtet, nachdem die Vollmachten der russischen Delegation im Zusammenhang mit den gegen sie verhängten Sanktionen wegen des Krim-Beitritts zu Russland eingeschränkt worden waren.

Wpered.su: Antifaschisten aus Europa unterstützten die Entwicklung von kindlicher Kreativität

Mit Unterstützung von Antifaschisten und gegenüber den Kindern den Donbass nicht gleichgültigen Europäern wurden für die Schüler des Schülerclubs „Gajdarowez“, der sich in Makejewka befindet, Materialien gekauft, durch die Kinder ihre kreativen Fähigkeiten entwickeln können, teilte ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Dank der Hilfe, die europäische Antifaschisten und Banda Bassotti, den Kindern der Donezker Volksrepublik leisten, wurde es möglich, viele Materialien zu beschaffen, die es früher im Schülerraum nicht gab, aber die für die Kinder für ihre allseitige kreative Entwicklung sehr nötig sind“, unterstrich die Pädagogin und Organisatorin von „Gajdarowez“ Emma Karapetowa.

de.sputniknews.com: Botschaft dementiert: Keine privaten Militärfirmen Russlands in Venezuela

Der russische Botschafter in Caracas, Wladimir Sajemski, hat den Bericht über „russische private Militärunternehmen in Venezuela“ als ein Fake entlarvt. „Ich habe keine Ahnung von privaten Militärunternehmen in Venezuela. Das ist eine erneute Ente“, sagte der Botschafter gegenüber Sputnik.

Zuvor hatte Reuters unter Verweis auf anonyme Quellen und den Kosakenataman Jewgeni Schabajew berichtet, dass Mitarbeiter eines russischen „privaten Militärunternehmens“ nach Venezuela gekommen seien, um Präsident Nicolas Maduro zu unterstützen. Reuters zitierte ferner eine Äußerung des Pressesekretärs des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, laut der dem Kreml keine derartigen Informationen vorliegen.

In Caracas waren am Mittwoch Massenproteste gegen den jetzigen Präsidenten Venezuelas, Nicolas Maduro, ausgebrochen. Der oppositionelle Parlamentschef Juan Guaido erklärte sich am selben Tag zum kommissarischen Staatschef für die Zeit der Tätigkeit der provisorischen Regierung. Die USA und einige andere Länder bekundeten ihre Anerkennung Guaidos und forderten vom venezolanischen Präsidenten, dessen Wahl sie als illegitim betrachten, kein gewaltsames Vorgehen gegen die Opposition zuzulassen.

Russland hat Maduro als den legitimen Präsidenten Venezuelas unterstützt. Moskau erklärte

sich außerdem bereit, bei der Regelung der Beziehungen zwischen den Behörden und der Opposition in Venezuela zu vermitteln, falls solche Bemühungen erforderlich sein sollten.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Gefährlicher als Nord Stream 2: Kiew fürchtet sich vor dieser Pipeline**

Die Gaspipeline Turkish Stream stellt für Kiew eine größere Gefahr als Nord Stream 2 dar. Das schreibt das Magazin „Nowoje Wremja“ unter Verweis auf den Energie-Experten in der Strategischen Beratergruppe zur Unterstützung von Reformen bei der ukrainischen Regierung, Karel Girman.

Der Grund dafür sei, dass die Ukraine nach der Inbetriebnahme der Gasleitung den Transit von russischem Gas endgültig verlieren werde, so Girman.

Wie es heißt, könne Gas durch Nord Stream 2 nicht nach Südeuropa geliefert werden. Das gebe Kiew die Chance, den größten Teil des Transits beizubehalten.

Nach der Ingangsetzung aller Zweige von Turkish Stream könnte aber russisches Gas nach Italien, Frankreich und in die Balkan-Länder gepumpt werden.

Während die Interessen der Ukraine und der USA, die gegen den Bau von Nord Stream 2 auftreten, hier übereinstimmen, sei dies bei Turkish Stream nicht zu beobachten, meint der Experte.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen. Die Pipeline soll 2019 in Betrieb genommen werden. Gegen das Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehört unter anderem die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt. Die russische Seite hatte wiederholt erklärt, es handle sich um ein rein wirtschaftliches Projekt und bedeute keinen Stopp des Gastransits durch die Ukraine.

Die Pipeline Turkish Stream besteht aus zwei Strängen mit einer Durchgangskapazität von je 15,75 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Der Unterwasserteil der Leitung wird etwa 930 Kilometer lang sein.

Die Pipeline führt von der russischen Schwarzmeerstadt Anapa zur Ortschaft Kızılköy im türkischen Thrakien. Das Gas im ersten Strang ist ausschließlich für die Türkei bestimmt. Der zweite Strang soll laut ursprünglichen Plänen bis zur Grenze zwischen der Türkei und der EU verlängert werden.

de.sputniknews.com: **Bank of England will Venezuelas Gold nicht zurückgeben**

Die Bank of England hat einen Antrag des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro abgelehnt, Goldbarren im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar auszuhändigen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf informierte Quellen.

Demnach soll eine unbenannte Quelle der Agentur mitgeteilt haben, die Entscheidung, kein Gold auszugeben, sei getroffen worden, nachdem hochrangige US-Beamte, darunter US-Außenminister Mike Pompeo und der Nationale Sicherheitsberater-Berater des US-Präsidenten, John Bolton, Druck auf die Kollegen in Großbritannien ausgeübt hätten.

Die US-amerikanischen Beamten versuchen laut Bloomberg nun, die im Ausland aufbewahrten Vermögenswerte von Venezuela an Juan Guaidó zu entsenden, der sich zum Übergangspräsidenten Venezuelas erklärt hatte. Dies ziele darauf ab, die Chancen von Guaidó zu erhöhen, die Kontrolle über die Regierung zu gewinnen.

Die gesamten ausländischen Währungsreserven der venezolanischen Zentralbank betragen Bloomberg zufolge acht Milliarden Dollar. Ein Teil von ihnen befindet sich in der Bank of England, dabei sei unklar, wo der Rest der Vermögenswerte sind.

Juan Guaidó selbst habe die Entscheidung der Bank of England als Schutz der Vermögenswerte Venezuelas bezeichnet. „Wir werden keinen weiteren Missbrauch zulassen, und dass Geld für Nahrungsmittel, Medizin und die Zukunft unserer Kinder gestohlen wird, auch nicht“, schrieb er in einem Twitter-Beitrag.

Zuvor war berichtet worden, Caracas wolle die Goldbarren im Wert von 550 Millionen US-Dollar von der Bank of England zurückholen, weil befürchtet wird, dass sie wegen Sanktionen gegen das Land blockiert werden könnten. Laut der Nachrichtenagentur Reuters handelt es sich um ungefähr 14 Tonnen Gold. Die Umsetzung dieser Pläne habe sich etwa um zwei Monate verzögert, da es schwierig gewesen sei, die notwendige Versicherung für den Transport einer so großen Goldladung zu erhalten.

Am 21. Januar hatten in Venezuela Massenproteste gegen den derzeitigen Präsidenten Nicolás Maduro begonnen. Bei den während der Proteste erfolgten Zusammenstößen waren Menschen ums Leben gekommen. Oppositionsführer Juan Guaidó erklärte sich am 23. Januar zum Interimspräsidenten. Die USA und eine Reihe lateinamerikanischer Länder erkannten Guaidó unverzüglich als solchen an. Maduro, der im Januar seine zweite Amtszeit angetreten hatte, kündigte daraufhin den Abbruch der Beziehung zu den USA an. Russland bekundete Maduro als dem legitimen Präsidenten Venezuelas seine Unterstützung.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Donezkij, Shelobok, Kalinowo-Bortschtschewatoje und Krutaja Gora. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm- Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Kennt sich mit Putschen aus: Umstrittener US-Diplomat wird Venezuela-Sondergesandter**

US-Außenminister Mike Pompeo hat einen Sondergesandten für Venezuela bestimmt: Der umstrittene Langzeit-Diplomat Elliott Abrams soll sich nun mit dem südamerikanischen Land beschäftigen. Die ehemalige US-Präsidentschaftskandidatin der Grünen, Jill Stein, hat an Abrams' unrühmliche Vergangenheit erinnert.

In einem Tweet zählte sie die Verbrechen des altgedienten Diplomaten auf:

- „Er unterstützte Todesschwadronen in Lateinamerika, die Tausende Menschen für rechte Diktatoren getötet haben;
- Er log den Kongress an, um die verräterische Iran-Contra-Affäre zu vertuschen;
- Er führte 2002 einen Putschversuch in Venezuela an.“

„Glaubt ihr immer noch, dass es hier um Demokratie und Menschenrechte geht?“, fragt die Politikerin.

Abrams hatte unter den US-Präsidenten Ronald Reagan und George W. Bush gedient. Während Reagans Präsidentschaft hatte Abrams mit seinen umstrittenen Entscheidungen in El Salvador und Nicaragua einen zweifelhaften Ruhm erlangt.

So soll er Berichte über ein Massaker in El Salvador im Jahr 1981 heruntergespielt haben. Abrams soll zudem von dem Putschversuch gegen Venezuelas damaligen Staatschef Hugo Chávez im Jahr 2002 vorab gewusst und diesen abgenickt haben, geht aus einer Recherche des britischen „Observer“ hervor.

Bei der Ermittlung der Iran-Contra-Affäre hatte er sich der Vorenthaltung von Informationen gegenüber dem Kongress schuldig bekannt. Er wurde zu zwei Jahren Bewährungsstrafe und

100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Abrams wurde jedoch 1992 von Präsident George H. W. Bush begnadigt.

Die Iran-Contra-Affäre war ein politischer Skandal während der Amtszeit Reagans: Die Reagan-Regierung leitete Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran an die rechtsgerichtete Guerilla-Bewegung der Contras in Nicaragua weiter, um sie im Krieg gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32372/10/323721033.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. Januar 3:00 bis 26. Januar 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje, Sachanka.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der BFU die Verglasung der Wohnung 47 in Gorlowka in der Schaschurin-Straße 7 beschädigt.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 69.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 168.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Venezuela: Entmachtungsversuch nach Telefonat mit US-Vizepräsident Pence erfolgt**

Die USA haben im Laufe mehrerer Wochen einen Geheimplan zur Förderung der venezolanischen Opposition ausgeheckt. Das berichtet die US-Zeitung „The Wall Street Journal“.

Den Angaben zufolge erklärte sich Parlamentschef Juan Guaido zum Interimspräsidenten Venezuelas nach einem Telefongespräch mit US-Vizepräsident Mike Pence, der dem Oppositionspolitiker jegliche Rückendeckung zugesichert hatte.

Pence soll in der Nacht zum Dienstag Guaido angerufen und ihm die Unterstützung der USA zugesichert haben, sollte er Präsident Nicolas Maduro entmachten. Mit dem Telefonat wurde der Startschuss für die Umsetzung des oben erwähnten Geheimplanes gegeben.

Die Opposition in Venezuela habe erklärt, die internationale Gemeinschaft solle sie unterstützen. US-Außenminister Mike Pompeo habe die Lage in Venezuela mit Vertretern Brasiliens, Kolumbiens und einiger anderer Länder erörtert.

US-Präsident Donald Trump erkannte Guaido als venezolanischen Übergangspräsidenten an. Ähnliche Erklärungen gaben Kanada, Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Chile, Peru und andere Staaten ab. Mehrere Amtsträger in den USA sind über das Schicksal der US-Diplomaten in Venezuela besorgt, nachdem Maduro die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen und vom diplomatischen US-Personal gefordert hatte, Venezuela binnen 72 Stunden zu verlassen.

Indes bekräftigte die Armee ihre Treue zum legitimen Präsidenten Maduro. Washington versucht zu verstehen, in welchem Maße Maduro unterstützt wird. „Die USA glauben daran, dass die meisten venezolanischen Soldaten auf der Seite der Opposition sind“, sagte ein anonymen Informant dem „Wall Street Journal“.

Vor einigen Wochen solle Guaido eine Geheimreise in die USA und einige lateinamerikanische Länder unternommen haben, meldete die Nachrichtenagentur AP unter Berufung auf eigene nicht genannte Quellen. Das US-State Department ernannte den Diplomaten Elliott Abrams zum Sonderbeauftragten für Venezuela. Abrams hatte bereits 2002 einen Umsturz in Venezuela geplant.

dnr-online.ru: **Derzeit ist die Frage der Situation an den Kontroll- und Passierpunkten in der DVR sehr ernst, im Zusammenhang damit haben Abgeordnete des Volkssowjets entschieden, die Initiative des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zur Stabilisierung des Prozesses des Übergangs an den KPP zu unterstützen. Dies erklärte heute der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka.**

„In den nächsten Tagen werden an den KPP Alexandrowka, Jelenowka, Gorlowka und Oktjabr Abgeordnete des Volkssowjets arbeiten, die ein Monitoring der Situation vornehmen und Anfragen von Bürgern, die die KPP passieren, annehmen.

Ich meine, dass eine solche Praxis derzeit ein effektives Instrument zur Stabilisierung der Situation an den KPP ist“, sagte Bidjowka.

de.sputniknews.com: **Maduro will sich mit Guaidó treffen – notfalls sogar nackt**

Der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, hat laut Medien seine Absicht bekundet, sich mit dem Führer der venezolanischen Opposition, Juan Gerardo Guaidó, zu treffen, wenn es sein

muss - sogar entblößt.

„Ich bleibe dem gesamtationalen Dialog treu. Wenn ich (...) diesen Kerl sehen muss, so gehe ich (um dies zu tun – Anm. d. Red.). Wenn es nötig sein sollte, nackt zu kommen, komme ich (nackt). Ich bin zum Dialog bereit“, zitieren ihn die Medien.

Maduro ergänzte, dass Venezuela den USA Erdöl verkaufen werde, wenn sie es zu kaufen bereit sein würden. Ihm zufolge hat Venezuela die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen, wird aber die sozial-wirtschaftliche Zusammenarbeit fortsetzen, die weiter „aufblühen“ werde.

„Die USA – das ist mehr als Donald Trump oder?“, erläuterte Maduro und fügte hinzu, dass er die USA liebe – trotz (eigener) antiimperialistischer Positionen.

Am 24. Januar verkündete Maduro den Beschluss, die Botschaft und alle Konsulate Venezuelas in den USA zu schließen, und warf Washington vor, einen Staatsstreich versucht zu haben. Die USA haben einen Teil des diplomatischen Personals aus ihrer Botschaft in Caracas abberufen...

de.sputniknews.com: **Anerkennung von Machtwechsel: Berlin, Paris und Madrid stellen Maduro Ultimatum**

Wenige Tage nach der versuchten Entmachtung von Venezuelas Staatsoberhaupt Nicolás Maduro signalisieren immer mehr europäische Staaten ihre Bereitschaft, den Oppositionschef Juan Guaidó als neuen Präsidenten anzuerkennen. Nach Spanien und Frankreich fordert auch Deutschland umgehend Neuwahlen im südamerikanischen Land.

Spanien, Frankreich und Deutschland haben fast zeitgleich von Venezuelas Staatschef Maduro ultimativ Neuwahlen gefordert und anderenfalls gedroht, den selbsternannten Übergangspräsidenten Guaidó anzuerkennen.

„Spanien wird Juan Guaidó als Präsidenten Venezuelas anerkennen, wenn binnen acht Tagen keine fairen, freien und transparenten Wahlen ausgerufen werden“, erklärte der spanische Regierungschef Pedro Sánchez am Samstag.

Auch Frankreich erwägt laut Präsident Emmanuel Macron eine Anerkennung des Machtwechsels in Venezuela, sollte es keine Neuwahlen geben.

„Wenn innerhalb von acht Tagen keine Wahlen angekündigt werden, werden wir bereit sein, Guaidó als Präsidenten Venezuelas anzuerkennen“, twitterte Macron am Samstag. Stunden später forderte auch Martina Fietz, die stellvertretende Sprecherin der deutschen Regierung, dass in Venezuela binnen acht Tagen Wahlen angekündigt werden sollen.

Das Volk Venezuelas muss frei u. in Sicherheit über seine Zukunft entscheiden können. Werden nicht binnen 8 Tagen Wahlen angekündigt, sind wir bereit, Juan Guaidó als Interimspräsidenten anzuerkennen, der einen solchen polit. Prozess einleitet; arbeiten eng mit europ. Partnern.

— Martina Fietz (@m_fietz) 26. Januar 2019

Zuvor bereits hatte auch der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert mitgeteilt, die Bundesregierung erwäge die Anerkennung von Venezuelas Parlamentspräsidenten Juan Guaidó als Staatschef, wenn es nicht umgehend zu fairen und freien Wahlen kommen sollte. Venezuela ist seit Monaten mit einer Hyperinflation und Versorgungskrise konfrontiert. Der Bevölkerung des ölfreichsten Landes der Welt mangelt es an Lebensmitteln und Medikamenten. Vor diesem Hintergrund kommt es zu Protesten gegen Staatschef Maduro, der im Mai 2018 für eine zweite Amtszeit gewählt und am 10. Januar vereidigt worden ist. In dieser Woche eskalierten die Proteste. Berichten zufolge wurden bei Auseinandersetzungen mindestens 16 Menschen getötet. Am Mittwoch erklärte Juan Guaidó (35), Vorsitzender des zuletzt 2015 gewählten Parlaments Venezuelas, vor Tausenden Demonstranten in Caracas Maduro für abgesetzt und sich selbst zum Übergangs-Staatschef.

Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Übergangspräsidenten an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten

dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem aus den USA choreographierten Putsch-Versuch sprach.

Zugleich erklärte sich Maduro wiederholt zu Verhandlungen mit seinen Gegnern bereit.

Oppositionschef Guaidó lehnte Gespräche jedoch ab.

Er wolle sich nicht auf einen „vorgetäuschten Dialog“ einlassen, sagte Guaidó am Freitag auf einer Pressekonferenz in Caracas. Er forderte „ein Ende der Usurpation, eine Übergangsregierung und freie Wahlen“.

Venezuelas Verteidigungsminister Vladimir Padrino versicherte, die Streitkräfte stünden auf der Seite des legitimen Präsidenten Maduro und seien bereit, die Verfassung und die Souveränität des Landes zu schützen. Maduro hatte bereits im Dezember die USA beschuldigt, einen Staatsstreich in seinem Land zu planen.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.01.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von **neun Ortschaften der Republik beschossen**.

In Richtung Gorlowka haben die Kämpfer der 30. mechanisierten und der 58.

Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Garas und Drapatyj das Gebiet von **Sajzewo und die Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. und 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade aus auf Befehl der Kriegsverbrecher Martschenko. Klotschkow und Mischantschuk die Gebiete von **Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, die Siedlung Trudowskije und das Gebiet des Donezker Flughafens** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje und Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die ukrainische Führung unterlässt die Versuche nicht, die Vorstellung der westlichen Öffentlichkeit über die Aggression gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu verändern und den inneren bewaffneten Konflikt als Angriff von außen darzustellen. Mit diesem Ziel hat er Poroschenko **zum wiederholten Mal Diplomaten aus verschiedenen Ländern nach Priasowje gerufen**.

Ab morgen werden in Mariupol und den umliegenden Gebieten die Ankunft und Arbeit einiger Delegationen aus EU-Ländern erwartet. Die bei uns eintreffende Information zeugt davon, dass der Gegner von den geplanten Provokationen, über die wir zuvor berichtet haben, nicht Abstand genommen hat und plant die westlichen Diplomaten vom

Verteidigungscharakter ihrer Handlungen zu überzeugen. Es existiert eine große Wahrscheinlichkeit dafür, dass das ukrainische Besatzungskommando sich in dem genannten Zeitraum auf die **Durchführung provokativer Aktivitäten in Richtung Mariupol** konzentrieren wird, die auf die Diskreditierung der Volksmiliz der Republik gerichtet sind.

Um unsere Verteidigung im Priasowje zu erkunden, hat der Gegner die Aufklärung im vordersten Gebiet verstärkt, indem er Aufklärungsgruppen und Drohnen verwendet. Ich erinnere daran, dass Anfang der Woche Kämpfer aus der 79. Brigade in Richtung Mariupol bereits einen Kampfausfall unternommen haben, der mit Getöse gescheitert ist. Drei Kämpfer flohen schmachvoll, einer geriet bei uns in Gefangenschaft und macht Geständnisse, die unsere Befürchtungen voll und ganz bestätigen.

Übrigens wurden die vom Kampffeld geflohenen Kämpfer von Seiten des Brigade- und

Bataillonskommandos wegen des Scheiterns des Ausfalls unter erheblichen moralischen und psychischen Druck gesetzt. Im Endeffekt ertrug einer von ihnen diesen Druck nicht und beging am 24. Januar Selbstmord.

de.sputniknews.com: **Nordkorea: USA bitten Moskau um Vermittlung**

Die USA haben Russland laut dem russischen Vize-Außenminister Igor Morgulow hinsichtlich der „Agenda“ bei den Denuklearisierungs-Gesprächen mit Nordkorea um Hilfe gebeten.

„Derzeit geht es um die Durchführung des zweiten amerikanisch-nordkoreanischen Gipfeltreffens, das, wie unsere Kollegen in den USA hoffen, Impulse für den Übergang der Diskussion über die Denuklearisierung in eine praktische Ebene geben wird“, so Morgulow. „In diesem Zusammenhang wurden wir um Hilfe bei der Suche nach der richtigen Agenda in der Diskussion über bestimmte Aspekte der Denuklearisierung gebeten“, sagte der Vize-Außenminister weiter.

Russland sei seinerseits bereit, zusammen mit anderen Teilnehmern der Sechser-Verhandlungen (Süd- und Nordkorea sowie China, Russland, die USA und Japan – Anm. d. Red.) zur Erörterung konkreter Maßnahmen und Schritte beizutragen, die darauf abzielen, nicht nur die nuklearen, sondern auch andere Begleitprobleme auf der koreanischen Halbinsel zu lösen, so der russische Diplomat.

Die sechsseitigen Verhandlungen zum Problem der Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel waren 2003 von Diplomaten Russlands, der USA, Chinas, der beiden koreanischen Staaten und Japans aufgenommen worden.

Im Jahr 2009 kündigte Pjôngjang seinen Austritt aus dem Verhandlungsprozess an.

de.sputniknews.com: **Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ zu Leningrad-Blockade empört russische Politiker**

„Moskau missbraucht das Gedenken an Leningrad“ – so titelte die „Süddeutsche Zeitung“ am Donnerstag. Die Autorin nimmt Anstoß daran, dass Russland den 75. Jahrestag des Endes der Leningrad-Blockade mit einer Parade feiert und wirft Moskau vor, den Hungertod von Millionen Menschen zu verharmlosen. Russische Politiker reagieren empört.

Eine Militärparade sende nicht das Signal des Mitgefühls und Gedenkens, sondern des Nationalstolzes, schreibt die Autorin Silke Bigalke.

Zudem stellten die „Machthaber in Moskau“ die Belagerten bis heute als Helden dar, die den Deutschen tapfer widerstanden hätten. „Dass sich die Menschen vor Hunger kaum auf den Beinen halten konnten, dass sie Kleister und Katzen aßen und manche als Kannibalen bestraft wurden, wurde größtenteils erst in den Neunzigerjahren bekannt.“

In ihrem Artikel unterstellt sie den Leningrader Stadtbehörden Untätigkeit und erinnert unter anderem an die Frage des kritischen TV-Senders „Doschd“, ob es nötig gewesen sei, die Stadt zu halten – auf Kosten hunderttausender Leben.

Am Ende kommt Bigalke zu dem Schluss, dass Russland heute die tragischen Ereignisse jener Zeit „verharmlose“, weil die Opfer der Blockade nicht freiwillig für ihre Heimat gestorben seien.

„Nicht den deutschen Medien steht es zu, uns dafür zu kritisieren, wie genau wir den 75. Jahrestag des Durchbruchs der Leningrad-Blockade feiern“, twitterte Puschkow. „Sie sollten lieber schweigen.“

Der Politiker empfahl deutschen Journalisten, stattdessen über die Schrecken der Blockade und unzählige Verbrechen des Deutschen Reichs gegen das russische Volk zu berichten.

„Eine solche Kritik ist sowohl unangebracht als auch unmoralisch. Sie haben komplett das Augenmaß verloren.“

Sergej Bojarski, ein Staatsduma-Abgeordneter aus Sankt-Petersburg, riet den deutschen

Journalisten davon ab, sich in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen.
„Deren Meinung sollte uns am wenigsten interessieren, wenn es um unsere Feste geht“, so der Politiker.

Der Vize-Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für Verteidigung, Viktor Sawarsin, erklärte in einem Interview, dass das russische Parlament eine Reaktion von Deutschland verlangen werde.

„Ich glaube, dass die deutsche Kanzlerin, die Regierung und das Außenministerium auf diesen Ausfall reagieren sollten. In diesem Fall bin ich mir sicher, dass die ganze Staatsduma das verurteilt“, sagte Sawarsin gegenüber dem Sender 360.

Hinter solchen Beiträgen sieht der Politiker das Ziel, jeden Sieg des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg zu verunglimpfen.

„Der Durchbruch der Leningrad-Blockade ist ein verdienter Sieg des ganzen sowjetischen Volkes und der Stadtbewohner. Wir werden nach wie vor Paraden abhalten, die Helden der Blockade ehren und darüber sprechen.“

Dafür müsse man jede Plattform nutzen: Mehr Bücher schreiben, mehr Filme drehen, Auftritte der Blockade-Überlebenden veranstalten.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 10. Gebirgssturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Krutaja Gora, Donezkij und Shelobok** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurden die Gebiete von **Solotoje-5 und Kalinowo-Borschtschewatoje** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Wir stellen weitere Fälle fest, dass der Kommandeur der 54. Brigade Oberst Majstrenko nicht kampfbedingte Verluste des Personals gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

So erfolgte nach Informationen unserer Aufklärung am 25. Februar während der Fahrt mit einem Militärfahrzeug auf einer unbefestigten Straße im Gebiet von Katerinowka eine Detonation auf einer Antipanzermine. In der Folge der Explosion starben zwei Soldaten, fünf wurden verletzt. Die Verletzten wurden in ernstem Zustand in das Stadtkrankenhaus von Popasnaja eingeliefert.

Das Kommando der OOS verheimlicht weiter Informationen über die Beteiligung ausländischer privater Militärkompanien am Konflikt im Donbass. Von unserer Aufklärung wurde die **Ankunft von 30 ausländischen Bürgern in Uniform, die auf englisch sprechen, in Sewerodonzek und deren Unterbringung im Hotel „Mir“** festgestellt. Nach vorläufigen Informationen sollen die ausländischen Soldaten Spezialeinheiten der ukrainischen Streitkräfte ausbilden.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Türkei: Aufschrift über russische Herkunft von Roxelane vom Grab entfernt**

Die türkischen Behörden haben auf Bitte der ukrainischen Botschaft die Aufschrift auf dem Schild vor dem Grab von Roxelane in der Süleymaniye-Moschee in Istanbul über ihre russische Herkunft entfernt.

Auf Ersuchen der Botschaft hat die türkische Seite den Text der Aufschrift über eine angebliche russische Herkunft der Frau von Sultan Süleyman, Roxelane, vor ihrem Grab in der Süleymaniye-Moschee abmontiert“, heißt es in der Mitteilung der Botschaft auf Twitter. Hürrem (Roxelane) mit dem vermuteten Geburtsnamen Anastasia oder Aleksandra Lisowska war die Lieblingsgemahlin (Haseki Sultan) des osmanischen Sultans Süleyman I.

Nach Ansicht einiger Historiker war Roxelane im damals polnischen Rohatyn (das jetzige ukrainische Gebiet Iwano-Frankiwsk) zur Welt gekommen, nach Ansicht anderer in Tschemeriwzi (das jetzige ukrainische Gebiet Chmelnyzkyj). In einigen Quellen werde sie als ein „Mädchen von der Rus“ bezeichnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32372/40/323724079.jpg>

de.sputniknews.com: **Venezuela: „Präsident Nr. 2“ soll vor Umsturz-Versuch USA besucht haben**

Die Koalition lateinamerikanischer Regierungen, die den venezolanischen Oppositionsführer Juan Guaidó als Übergangspräsidenten anerkannt hat, hat sich nach mehreren Wochen geheimer Diplomatie vereinigt. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Associated Press unter Berufung auf mehrere Quellen.

Demnach soll der Parlamentschef von Venezuela und Oppositionsführer Juan Guaidó einige Wochen vor den Massenprotesten im Land heimlich Washington, Kolumbien und Brasilien besucht haben.

Der sich im Exil befindende ehemalige Bürgermeister von Caracas, Antonio Ledezma, soll berichtet haben, dass Guaidó über die unbewachte Grenze zu Kolumbien ins Ausland gegangen sei, um die dortigen Regierungen über die Strategie der bevorstehenden Massenproteste zu informieren. Ledezma zufolge sollten die Massenproteste in Venezuela am 10. Januar beginnen, unmittelbar nachdem mehrere Länder die Präsidentschaftswahlen in Venezuela kritisiert und sich geweigert hatten, ihre Ergebnisse anzuerkennen.

Zuvor am 26. Januar hatten die USA den umstrittenen Diplomaten Elliott Abrams zum Sonderbeauftragten für die Krise in Venezuela ernannt. Die Aufgabe von Abrams bestehe

darin, „dem venezolanischen Volk zu helfen, Demokratie und Wohlstand in seinem Land vollständig wiederherzustellen“, heißt es....

abends:

de.sputniknews.com: **Proteste gegen Maduro und Macron: Russland zieht vor UNO Parallelen**

Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja hat Parallelen zwischen der Situation in Venezuela und den Gelbwesten-Protesten in Frankreich gezogen. „Was würden Sie sagen, wenn Russland vorgeschlagen hätte, im Weltsicherheitsrat auch die Lage in Frankreich zu diskutieren?“, fragte der Diplomat am Samstag in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Zugleich versicherte Nebensja dem Botschafter Frankreichs, dass Russland eine solche Initiative nie unterbreiten werde.

Nebensja rief auf, im Zusammenhang mit Protesten in Venezuela von Drohungen und Ultimaten abzusehen und alles nur Mögliche zu unternehmen, um einen Dialog auf der Basis des Völkerrechts einzuleiten.

Russland halte es für wichtig, die Rhetorik zu mildern und die Lage in Venezuela so schnell wie möglich zu stabilisieren.

Zuvor am Samstag hatten Deutschland, Frankreich und Spanien von Venezuelas Präsident Nicolás Maduro ultimativ Neuwahlen in seinem Land gefordert und anderenfalls gedroht, den Oppositionschef Juan Guaidó als Staatschef anzuerkennen.

Venezuelas Parlamentschef Juan Guaidó hatte sich am Mittwoch zum Interimspräsidenten erklärt. Die USA erkannten Guaidó als kommissarischen Staatschef Venezuelas an und forderten Maduro auf, keine gewaltsamen Handlungen gegen die Opposition zuzulassen. Maduro bezeichnete sich als einen legitim gewählten Staatspräsidenten und Guaidó als eine „Marionette der USA“. Zudem brach er die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab und forderte die US-Diplomaten auf, das Land binnen 72 Stunden zu verlassen.

Neben den USA wurde Guaidó auch von Kanada, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay, Peru, Georgien und einigen anderen Ländern anerkannt.

In Frankreich protestieren Demonstranten in Gelbwesten bereits den elften Samstag in Folge gegen die wachsende soziale Ungleichheit und Reformen von Staatpräsident Emmanuel Macron.

ukrinform.ua: **Premier verspricht schon in diesem Jahr ein durchschnittliches Gehalt von über 10.000**

Das durchschnittliche Gehalt in der Ukraine im Jahr 2019 werde ungefähr 10 500 Hrywnja (UAH) (1 USD = etwa 28 UAH) betragen, obwohl es mit dem Wachstum der Wirtschaft höher sein könne, sagte Premierminister Wolodymyr Hrojsman in der Sendung eines der nationalen Fernsehkanäle, berichte das Regierungsportal.

„Wir prognostizieren das durchschnittliche Gehalt auf dem Niveau von ungefähr 10 500 UAH, aber ich bin überzeugt, dass diese Zahl höher sein wird“, sagte der ukrainische Regierungschef.

Er stellte fest, dass es in der Frage der Entlohnung nur eine Orientierung gibt – Schaffung von solchen Bedingungen, unter welchen die Ukrainerinnen und Ukrainer nach Hause zurückkehren und in ihrem eigenen Land arbeiten würden.

„Ich bin dafür, dass die Ukrainer in der Ukraine arbeiten und ein anständiges Gehalt erhalten. Und wir werden zu dem Punkt kommen, dass das Gehalt der Ukrainer hoher sein wird“, sagte

[Hrojsman.](#)

de.sputniknews.com: **Ukraine: Inhaftierte Sawtschenko als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt**

Die Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, Nadeschda Sawtschenko, die jetzt wegen Verdachts auf die Organisation eines Staatsstreichs in Untersuchungshaft festgehalten wird, ist von der Partei „Gesellschaftspolitische Plattform von Nadeschda Sawtschenko“ als Kandidatin für die Präsidentschaftswahl aufgestellt worden, meldet Interfax-Ukraine.

Die Leiterin der Partei und Schwester der Untersuchungsgefangenen, Wera Sawtschenko, sagte dazu: „Sämtliche Dokumente für die Zentrale Wahlkommission sind vorbereitet. Es bleibt uns nur noch, einen Beitrag einzuzahlen. Wir warten nun auf eine Antwort der Bank über die Eröffnung eines Kontos.“

Das Geld für die Teilnahme der Abgeordneten der Werchowna Rada an den Wahlen sei von den Mitgliedern der Partei und von engagierten Menschen gesammelt worden, erläuterte Wera Sawtschenko. Einige der Letztgenannten lebten im Ausland, darunter auch in den USA.

Die bisher letzte Gerichtsverhandlung zum Fall Sawtschenko hat am vergangenen Montag stattgefunden. Das Kiewer Berufungsgericht verlegte die Prüfung der von der Verteidigung eingereichten Beschwerde gegen den Gerichtsbeschluss über die Haftverlängerung bis zum 18. Februar auf den 5. Februar.

Nadeschda Sawtschenko hatte sich am 5. Dezember 2018 beklagt, von Ermittlern unter Druck gesetzt zu werden, und war in den Durst- und Hungerstreik getreten. Sie teilte unter anderem mit, dass der Sicherheitsdienst SBU sie mit der Möglichkeit erpresse, ein Bankkonto für ihre Registrierung als Wahlkandidatin eröffnen zu lassen.

Die Abgeordnete hatte im November ihre Bereitschaft bekundet, sich um das höchste Staatsamt zu bewerben.

Der Mitte März 2018 verhafteten Nadeschda Sawtschenko wird zur Last gelegt, im Stadtzentrum von Kiew einen Terroranschlag und Attentate auf Vertreter der ukrainischen Führung, darunter auf Präsident Petro Poroschenko, vorbereitet zu haben. Der Sicherheitsdienst SBU hat als Schuldbeweis ein Video vorgelegt, auf dem die Abgeordnete mit dem Leiter des Zentrums für Gefangenenfreilassung „Offizierscorps“, Wladimir Ruban, über einen Staatsstreich sprechen soll. Ruban war bereits früher der Vorbereitung eines Attentats auf Poroschenko und des ungesetzlichen Waffenbesitzes beschuldigt worden.